

# Staatssekretär v. Jagow über Lichnowskys Schrift

Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Jagow, veröffentlicht unter dem Datum München, 20. März, „Bemerkungen zur Schrift des Fürsten Lichnowsky“, die zu den einzelnen Punkten folgende Klarstellungen geben:

## Sir Edward Greys Programm.

Als ich im Januar 1913 zum Staatssekretär ernannt wurde, erachtete ich eine deutsch-englische Annäherung für erwünscht und eine Verständigung über die Punkte, wo unsere Interessen sich berührten bzw. kreuzten, auch für erreichbar. Ich wollte jedenfalls versuchen, in diesem Sinne zu wirken. Ein Hauptpunkt für uns war die mesopotamisch-keinasiatische Frage — die sogenannte Bagdadpolitik — da sie zu einer Prestige-frage für uns geworden war. Sollte uns England dort herausdrängen, so erschien mir ein Konflikt allerdings schwer vermeidlich. Ich habe in Berlin, sobald es mir möglich war, die Verständigung über die Bagdadbahn in Angriff genommen. Wir fanden Entgegenkommen bei der englischen Regierung, das Ergebnis war das bei Ausbruch des Weltkrieges beinahe fertiggestellte Abkommen.

Gleichzeitig liefen die Verhandlungen über die portugiesischen Kolonien, die von Graf Metternich eingeleitet, von Baron Marschall fortgeführt und von Fürst Lichnowsky wieder aufgenommen waren. Weitere Verständigungen über andere, z. B. ostasiatische Fragen, dachte ich später anzuschneiden, wenn die nach meiner Ansicht wichtigste Frage, die der Bagdadbahn, erst geregelt und damit ein vertrauensvolleres Ambiente geschaffen wäre. Die Flottenfrage habe auch ich beiseite gelassen, da eine Verständigung hierüber nach den gemachten Erfahrungen zunächst doch schwierig gewesen wäre.

## Orientfragen.

Die Aufstellung der albanischen Frage kann ich übergehen, da sie vor meinem Amtsantritt geschehen war. Allgemein möchte ich jedoch bemerken, daß ein so weitgehendes Desinteressement in Balkanfragen, wie Fürst Lichnowsky es beifürwortet, mir nicht möglich erscheint. Es hätte dem Wesen des Bündnisses widersprochen, wenn wir wirklich vitale Interessen unserer Bundesgenossen völlig ignoriert hätten. Auch wir hatten in Algerien von Oesterreich Sekundantendienste verlangt, und die Haltung Italiens hatte damals ernste Verwundung bei uns erregt.

Es erschien mir ferner unmöglich, in Gebieten, wo die Interessen der Bündnismächte sich berühren, keine „Dreibundpolitik“ zu treiben. Italien wäre dann in Orientfragen völlig in das Entente-fahrwasser getrieben und Oesterreich-Rußland ausgeliefert worden, der Dreibund wäre tatsächlich damit hinfällig gewesen. Und auch wir hätten, ohne jede Unterstützung unsere Interessen im Orient nicht wahrnehmen können. Daß wir aber große wirtschaftliche Interessen daselbst zu vertreten hatten, leugnet auch Fürst Lichnowsky nicht. Wirtschaftliche Interessen sind aber heutzutage von politischen nicht mehr zu trennen.

Daß man in Petrograd die Unabhängigkeit des Sultans wollte, ist eine Behauptung, für die Fürst Lichnowsky wohl den Beweis schuldig bleiben dürfte; es würde aller Tradition der russischen Politik widersprechen. Wenn wir ferner nicht über den von Baron Marschall begründeten Einfluß in Konstantinopel geboten hätten, wäre es uns kaum möglich gewesen, unsere wirtschaftlichen Interessen in der Türkei in dem von uns gewünschten Sinne zu wahren.

Wenn Fürst Lichnowsky ferner behauptet, wir hätten Rußland „unseren naturgemäßen Freund und besten Nachbarn“ erst „durch die Orient- und Balkanpolitik in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt“, so widerspricht das den geschichtlichen Tatsachen. Erst dadurch, daß Fürst Gortschakoff die russische Politik nach dem

revanchelüsteren Frankreich orientierte, ist Fürst Bismarck veranlaßt worden, das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn einzugehen; durch das Bündnis mit Rumänien hat er einen Niegel vor das Vordringen Russlands nach Süden geschoben. Fürst Lichnowsky verurteilt die Grundzüge der Bismarckschen Politik. Unsere Annäherungsversuche an Rußland scheiterten — Björkö beweist es — oder blieben ineffektiv, wie das sogenannte Potsdamer Abkommen. Unser „bester Nachbar“ war Rußland auch nicht immer. Unter der Kaiserin Elisabeth, wie jetzt, strebte es nach dem Besitz von Ostpreußen zur Ausdehnung seiner baltischen Küsten und um sich die Vorkherrschaft in der Ostsee zu sichern. Das Petersburger „Fenster“ hat sich allmählich um Est- und Livland, Kurland und Finnland erweitert und nach Island übergegriffen. Polen wurde zum Aufmarschgebiet gegen uns hergerichtet. Der Panflawismus, der immer mehr die russische Politik beherrschte, hatte direkt antideutsche Tendenzen.

## Botschafterkonferenz.

Ebenso wenig wie Sir E. Grey haben wir gewollt, daß es wegen Albanien zum Kriege käme. Darum haben wir, trotz schlechter Erfahrungen in Algerien, in eine Konferenz gewilligt. Das Verdienst einer „vermittelnden Haltung“ auf der Konferenz soll Sir E. Grey nicht abgesprochen werden; daß er sich keineswegs auf Seite der Entente stellte, ist denn aber doch wohl etwas viel gesagt. Er hat gewiß öfters in Petersburg (wie wir in Wien) zum Nachgeben geraten und „Einigungsformeln“ gefunden, nach außen hin aber vertrat er die Entente, da er ebensowenig wie wir seine Sozietäten im Stich lassen wollte, noch konnte. Daß wir andererseits „ohne Ausnahme den Standpunkt vertreten“ hätten, „der uns von Wien vorgeschrieben wurde“, ist absolut unrichtig. Wir haben, wie England, eine ausgleichende Rolle gespielt und auch in Wien weit mehr zur Nachgiebigkeit und Mäßigung geraten, als Fürst Lichnowsky zu wissen scheint oder vorzählt. Wien hat denn auch verschiedentlich weitgehende Konzessionen gemacht (Dibra, Djalowa). Wenn Fürst Lichnowsky, der immer klüger sein wollte als das auswärtige Amt, und der sich von Ententevertretern offenbar stark beeindruckt ließ, dies nicht gewußt hat, so soll er doch jetzt keine falschen Behauptungen aufstellen! Der Botschafter Szogyeni gehörte selbst nicht zu den Extremen; in Wien vor man mit seiner Haltung keineswegs immer zufrieden. Daß der Botschafter, mit dem ich beinahe täglich verhandelte, fortgesetzt den Refrain des oasus foederis spielen ließ, ist mir gänzlich unbekannt. Richtig ist allerdings, daß Fürst Lichnowsky in Wien schon von früher her nicht als Freund Oesterreichs galt. Doch sind mir Klagen über ihn mehr von Seiten des Marquis San Giuliano, als von Seiten des Grafen Berchtold zu Ohren gekommen.

Rußland hat keineswegs „überall vor uns zurückschweichen“ müssen, es hat im Gegenteil verschiedentlich „den serbischen Wünschen Erfolg“ verschafft, sogar einige Städte und Landstriche, die als rein oder vorwiegend albanisch gelten konnten, wurden Serbien zugeteilt. Für Rußland liegen an der Adria keine vitalen Interessen vor, wohl aber für unsere Bundesgenossen. Hätten wir uns, wie Fürst Lichnowsky zu wollen scheint, durchweg auf den russischen Standpunkt gestellt, so wäre das Ergebnis eine Demütigung Oesterreich-Ungarns und damit eine Schwächung unserer Gruppe gewesen. Fürst Lichnowsky scheint immer nur besorgt, daß Rußland nicht gedemütigt werde, eine Demütigung Oesterreichs ist ihm offenbar gleichgültig.

Wenn Fürst Lichnowsky sagt, daß unsere „Austrophobie“ nicht geeignet gewesen wäre, „Rußland seinen asiatischen Interessen zuzuführen“, so ist mir nicht recht klar, was damit gemeint sein soll. Nach einer mißglückten Diverston nach Ostasien — im japanischen Kriege hatten wir Rußland begünstigt, ohne je Dank zu ernten! — hat Rußland gerade seine auf den europäischen Orient (Balkan und Konstantinopel) gerichtete Politik mit verstärktem Impuls wieder aufgenommen. (Balkanbund, Buchlau, Iswolski usw.)

## Balkankonferenz und zweiter Balkankrieg.

Daß Graf Berchtold gewisse Neigungen für Bulgarien auch in dessen Differenzen mit Rumänien an den Tag legte, ist richtig; daß wir dies „natürlich mit ihm“ getan, ist aber durchaus falsch. Mit unserer Begünstigung hatte König Carol die Genugtuung des Bukarester Friedens. Das österreichisch-ungarische Kabinett hat ganz sicher nicht geglaubt — wie Fürst Lichnowsky behauptet — bei „einer Revision desselben auf unsere Unterscheidung rechnen zu können“. Daß Marquis San Giuliano „uns davor gewarnt haben soll, schon im Sommer 1913 in einen Weltkrieg verwickelt zu werden“, weil damals in Oesterreich „der Gedanke eines Waffenganges gegen Serbien“ Eingang gefunden hätte, ist mir ganz unbekannt. Ebenso wenig weiß ich, daß Herr v. Tschirsky — der allerdings von Natur etwas zum Pessimismus neigte — im Frühjahr 1914 erklärt haben soll, es gäbe bald Krieg. Ueber die „wichtigen Vorgänge“, welche Fürst Lichnowsky hier vermutet, habe ich mich also in der gleichen Unkenntnis befunden, wie er selbst! Vorgänge, wie der englische Besuch in Paris — der erste Sir Edward Greys auf dem Kontinent — werden dem Botschafter ja bekannt gewesen sein, und von dem geheimen russisch-englischen Marktwortommen haben wir ihm Mitteilung gemacht — er wollte allerdings nicht daran glauben!

## Kolonialvertrag.

Wenn Fürst Lichnowsky sich rühmt, daß es ihm gelungen sei, dem Vertrag eine unseren Wünschen entsprechende Form zu geben, so soll ihm dies Verdienst nicht genommen werden, es bedurfte allerdings verschiedentlich starken Druckes, um ihn zu bewegen, einzelne unserer Wünsche mit mehr Nachdruck zu vertreten.

Wenn Fürst Lichnowsky sagt, daß er die Ermächtigung zum endgültigen Abschluß des Vertrages erhalten habe, nachdem er vorher behauptet, „der Vertrag war somit gefallen“, so enthält das einen Widerspruch, dessen Erläuterung dem Fürsten überlassen werden kann. Lichnowskys Behauptung aber, daß wir die Veröffentlichung hinausgezogen hätten, weil der Vertrag für ihn „ein öffentlicher Erfolg“ gewesen wäre, den wir ihm nicht gönnt hätten, ist eine unerhörte Insinuation, die sich nur aus seiner egozentrischen Auffassung der Dinge erklären läßt.

Der Vertrag hätte seine praktische und moralische Wirkung verfehlt — einer seiner Hauptzwecke war, eine gute Atmosphäre zwischen uns und England zu schaffen — wenn seine Veröffentlichung von heftigen Angriffen gegen das „perfidie Albion“ in unserer anglophoben Presse und in unserem Parlament begrüßt worden wäre. Hierzu hätte aber bei unserer damaligen inneren Lage die gleichzeitige Bekanntgabe des sogenannten Windsor-Vertrages unzweifelhaft Anlaß gegeben. Und das Geschrei über englische Heimtücklichkeit, das der innere Widerspruch zwischen dem Wortlaut des Windsor- und unserem Vertrage zweifellos hervorgerufen hätte, hätte sich vor unserer öffentlichen Meinung durch die Versicherung englischer bona fides schwerlich entkräften lassen. In berechtigter Vorsicht beabsichtigten wir die Veröffentlichung erst in einem geeigneten Moment eintreten zu lassen, wo die Gefahr abfälliger Kritik nicht mehr so akut war, wenn möglich, gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Bagdad-Vertrages, der auch kurz vor dem Abschluß stand. Die Tatsache, daß zwischen England und uns zwei große Agreements zustande gekommen wären, hätte die Aufnahme wesentlich begünstigt und auch über den Schönheitsfehler des portugiesischen Abkommens leichter hinweggeholfen. Es war Rücksicht auf den Effekt des Abkommens, mit dem wir eine Besserung unserer Beziehungen zu England, aber keine neue Erlibung zu erzielen wünschten, welches unser Zögern verursachte.

Nichtig ist, daß — wenn auch in zweiter Linie — auch Rücksicht auf die gerade damals erstrebte Erwerbung von wirtschaftlichen